

**Kommentare**

Nelson Mandela, heute vor 20 Jahren aus dem Gefängnis entlassen, hat sein Land vor dem Bürgerkrieg bewahrt. Heute ist Südafrika eine stabile Demokratie.

**Südafrika bleibt ein Vorbild**

Von unserem Redakteur Ulrich Mendelin

Das war Südafrika vor 20 Jahren: Gewalt, Gegengewalt und Chaos herrschten. Es gab Weiße, die die unwürdige Rassentrennung nicht abschaffen, sondern verschärfen wollten. Und es gab Schwarze, die alle Weißen verjagen oder töten wollten, nach dem Motto „Ein Siedler – eine Kugel“.

Das ist Südafrika 2010: Ein globales Sport-Spektakel steht bevor. Die Fußball-Weltmeisterschaft ist die erste auf afrikanischem Boden, eine logistische Herausforderung. Und das Land ist gut vorbereitet – auch wenn vielleicht nicht alles wie am Schnürchen klappen wird. Der Tourismus boomt; südafrikanische Unternehmen investieren in ganz Afrika. Das Land ist eine Demokratie, auch wenn der Untergang von Recht und Ordnung mit schöner Regelmäßigkeit an die Wand gemalt wird. Südafrika ist Teil der G 20 und ein Vorbild für viele afrikanische Länder. Nicht umsonst zieht das Wirtschaftszentrum Johannesburg Migranten aus halb Afrika an.

Nelson Mandela hat viel dafür getan, dass der Wandel in Südafrika friedlich geblieben ist. Entsprechend schwer haben es Mandelas Nachfolger heute. Wer will schon ständig mit einer Lichtgestalt verglichen werden? Zwar gibt es viele Gründe für Kritik, von der noch immer verbreiteten Armut bis zur hohen Kriminalitätsrate. Aber im Großen und Ganzen haben Südafrikas Politiker das Land am Kap der Guten Hoffnung auf einem guten Kurs gehalten.

Afghanistan überall: Während der Bundestag das Mandat der Deutschen verlängern soll, stellt sich Oberst Klein dem Untersuchungsausschuss.

**Ende des Schönredens**

Von unserer Redakteurin Sabine Lennartz

Am gleichen Tag befasste sich gestern der Bundestag mit dem neuen Afghanistan-Mandat und der Bombardierung von Kundus. Auf der einen Seite die Hoffnung auf Erfolge und einen baldigen Abzug aus Afghanistan, auf der anderen Seite die Untersuchung des größten Unglücks – der Bombardierung von Zivilisten. Zu lange ist dieser Vorfall beschönigt worden. Der Untersuchungsausschuss muss sich jetzt puzzleähnlich alle Umstände zusammensetzen, wie es zu dem Befehl kommen konnte. Doch die Bewertung des Angriffs auch angesichts der Gefährdung deutscher Soldaten in Afghanistan, die nimmt den Mitgliedern des Ausschusses niemand ab.

Von einem bewaffneten Konflikt spricht die Bundesregierung jetzt erstmals offiziell. Damit findet die Realität Eingang in die politische Bewertung. Doch große Unterstützung genießt der Afghanistan-Einsatz in der deutschen Bevölkerung längst nicht mehr. Die Zuversicht, dass der Einsatz sich am Ende gelohnt haben wird, schwindet. Die Exit-Strategie sieht eine Verstärkung der zivilen Aufbauleistungen vor. Doch deshalb kann man nicht, wie Linke und Grüne es fordern, das Militär abziehen. Entwicklungshelfer suchen immer wieder auch den Schutz der Bundeswehr. Sicher ist: Der zivile Aufbau in Afghanistan ist ohne militärische Unterstützung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Unsicher ist leider, ob er mit der militärischen Hilfe gelingt.

**Karikatur des Tages**



Die afghanische Armee braucht endlich eine richtige Ausbildung!

**Nahost-Experte Henner Fürtig zum Widerstand in Iran**

**„Gefahr für das Regime besteht nicht“**

HAMBURG - Seit der von Vorwürfen der Wahlfälschung begleiteten Präsidentschaftswahl im vergangenen Sommer kommt Iran nicht zur Ruhe. Für heute, dem Jahrestag der großen Revolution von 1979, plant die Opposition neue Protestaktionen. Über die Stärke der Widerstandsbewegung und die Zerrissenheit der iranischen Gesellschaft hat unsere Mitarbeiterin Nora Schmitt-Sausen mit Henner Fürtig, Direktor des Giga-Instituts für Nahoststudien in Hamburg, gesprochen.

SZ: Niederknüppeln mit Schlagstöcken, Verhaftungen, drakonische Strafen – durch hartes Vorgehen versucht das Regime, den Widerstand zu brechen. Bislang erfolglos. Was treibt die Oppositionellen an, sich weiter zu widersetzen?

Fürtig: Es herrschen großer Unmut und Wut über die Entwicklungen seit dem 12. Juni. Das Regime zeigt keinerlei Einlenken und weicht jedem Gespräch aus. Es ignoriert damit die Meinung der Straße und das, obwohl auch unabhängige Wahlanalysen ergeben haben, dass die Wahl gefälscht war. Selbst moderate Kräfte finden kein Gehör. Das stachelt die Wut an.

SZ: 70 Prozent der Iraner sind jünger als 30 Jahre. Die Studentenbewegung spielt im Land eine große Rolle. Ist es die junge Generation allein, die auf die Straße geht?

Fürtig: Natürlich ist auch die ältere Generation an der Opposition beteiligt. Das sieht man ja an Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi (beides Herausforderer von Präsident Mahmud Ahmadinedschad, Anm. der Redaktion). Es gibt einen sichtbaren Riss in der iranischen Führung. Aber die hohe Zahl von 70 Prozent ist ja tatsächlich Realität und deshalb sieht man viele junge Gesichter. Allerdings dürfen wir uns dadurch nicht den Blick verstellen lassen: Es gibt in den städtischen Armutsvierteln und auf dem

Land große Teile der iranischen Jugend, die nicht auf der Oppositionsseite stehen.

SZ: Die Regimegegner nutzen Twitter und andere digitale Plattformen, um sich zu organisieren. Welche Rolle spielt das Internet für die Protestbewegung?

Fürtig: Das Internet ist Stärke und Schwäche zugleich. Die Oppositionellen organisieren sich durch das Netz und Handydienste wie SMS. Das macht eine breite Verteilung der Informationen möglich, ist gleichzeitig aber anfällig für Störmanöver. Allerdings kann das Internet nicht verdecken, dass die Organisationsstruktur der Widerstandsbewegung schwach ist. Die Informationen gehen in die Breite, aber nicht in die Tiefe. Außer-

dem fehlen der Bewegung authentische Führungspersönlichkeiten.

SZ: Die Regierung versucht, die Kommunikationsnetze zu kontrollieren. Gibt es andere Kanäle, die genutzt werden, um ihren landesweiten Widerstand zu formieren?

Fürtig: Neben dem Internet gibt es noch ganz altmodische Wege. Informationen von Ohr zu Ohr verbreiten sich etwa auf dem Campus sehr schnell. Das Spiel, sich Freiräume zu erschaffen, ist dann wieder Kontrolle zu spüren, ist außerdem Jahrzehnte alt. Was in den 90ern der Kampf um die Satellitenschüsseln für den Zugang zu westlichen Nachrichten war, ist heute der Kampf ums Internet. Je mehr Kontrolle es gibt, desto phantasierichere Wege werden gefunden.

SZ: Es gab bereits starke Protestbewegungen 1979, 1999 und 2002. Warum rumort es in der iranischen Gesellschaft immer wieder?

Fürtig: Viele Hoffnungen und Wünsche aus der großen Revolution von 1979 sind bis heute nicht eingelöst worden. Dazu muss man wissen, dass diese Revolution im Ausmaß vergleichbar mit der französischen von 1789 und der russischen von 1917 ist. Außerdem hat man bis heute keine wirkliche Antwort auf den Grundwiderspruch des iranischen Staatswesens gefunden. Schon im Namen steckt ein Gegensatz: Islamische Republik. Gottesstaat auf der einen und Volkssouveränität auf der anderen Seite. Seit 1979 versucht man, das zu lösen und eine funktionierende islamische Republik zu errichten.

SZ: Wie stark ist die aktuelle Bewegung?

Fürtig: Es ist die stärkste Widerstandsbewegung seit 1979 und die schwerste innenpolitische Krise seitdem. Eine unmittelbare Gefahr für das Regime besteht aber nicht. Dafür fehlt es der

Opposition an Programmatik, Struktur und Führungspersonen.

SZ: Aber untergräbt der Protest nicht massiv die Legitimität der Regierung?

Fürtig: Natürlich sind Legitimität und Stabilität massiv beeinträchtigt. Die Stärke der Islamischen Republik Iran fußt unter anderem darauf, dass ihre Regierung gewählt wird. Im Vergleich zu Nachbarländern wie Saudi-Arabien ist das ein großer Fortschritt und darauf war man immer stolz. Dass es die Regierung fertiggebracht hat, die Wahl zu diskreditieren, war eine gravierende Fehlentscheidung mit der das Regime noch lange leben muss. Aber Revolutionen überdauern entweder Jahrhunderte oder sie implodieren durch innere Widersprüche wie die Sowjetunion nach 80 Jahren. Wenn man diesen Maßstab anlegt, ist die iranische Revolution mit 30 Jahren immer noch sehr jung.

SZ: Inwieweit kann, darf oder sollte der Westen die Widerstandsbewegung unterstützen?

Fürtig: Direkte Unterstützung ist nicht angebracht. Anweisungen von außen sind kontraproduktiv. Was die Bewegung braucht ist Aufmerksamkeit in den Medien, vor allem in Internetforen. Missstände und Menschenrechtsverletzungen müssen immer wieder angeprangert werden.

**i** Professor Henner Fürtig ist Direktor des Instituts für Nahoststudien des German Institute of Global and Area Studies (Giga) und unter anderem Experte für Politik, Gesellschaft und Demokratisierung im Iran. Das Giga ist eine der größten europäischen Forschungseinrichtungen für globale Studien. Die Forschung konzentriert sich auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost.

**SZ-Interview**



Nahost-Experte Henner Fürtig hält die derzeitige Protestbewegung in Iran für die stärkste seit vielen Jahren. Foto: kori

**Analyse**

**Rösler will Arzneimittelkosten reduzieren**

BERLIN - Mit einer Senkung der Medikamentenausgaben will Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) gegen die Finanzprobleme im Gesundheitssystem angehen. Nach einem Gespräch mit Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen kündigte Rösler gestern in Berlin an, sein Haus werde „ein abgestimmtes Konzept vorlegen, um die Arzneimittelpreise dauerhaft in den Griff zu bekommen“.

Den gesetzlichen Krankenkassen fehlen im laufenden Jahr rund vier Milliarden Euro. Mehrere Versicherer haben bereits die Einführung von Zusatzbeiträgen angekündigt, um ihre Kosten zu decken. Davon sind Millionen Ver-

sicherte betroffen. Rösler will nun die Ausgaben im Gesundheitssystem reduzieren – zunächst die Arzneimittelkosten. Sie sind neben den Ausgaben für Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte der drittgrößte Kostenpunkt im Gesundheitssystem. Rösler sagte, es gehe darum, zu mehr Preisstabilität zu kommen und Belastungen für die Versicherten zu vermeiden. In den kommenden Wochen will er weitere Gespräche führen, auch mit Vertretern der Pharmaindustrie. Anschließend will das Ministerium das Konzept vorlegen.

Der Vize-Chef des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, Johann-Magnus von Stackelberg, bezeichnete das Gespräch mit Rösler als

„konstruktiv“. Die Kassenseite habe mehrere Sparvorschläge gemacht. Dabei sollen nach dem Willen der Versicherer auch die Pharmaindustrie, die Apotheken, der Arzneimittel-Großhandel und der Staat ihren Beitrag leisten.

**Preise nicht beliebig festsetzen**

Die Kassen plädieren unter anderem dafür, den Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel von derzeit 19 auf sieben Prozent zu senken. Davon versprechen sie sich Einsparungen von rund drei Milliarden Euro pro Jahr. Angesichts der schlechten Finanzlage dürfte die Bundesregierung dafür jedoch wenig offen sein. Außerdem fordern die

Kassen höhere Rabatte von Herstellern und Apothekern. Beide Seiten sind zu solchen Abschlüssen gegenüber den Versicherern verpflichtet. Die Großhandelsmarge bei Arzneimitteln wollen die Kassen reduzieren. Durch diese drei Punkte seien Einsparungen von mindestens 940 Millionen Euro möglich.

Stackelberg sagte, er hoffe, dass die Vorschläge von Rösler aufgenommen würden. Jeder eingesparte Euro erhöhe die Chance, weitere Zusatzbeiträge zu verhindern. Der Vorstandschef des AOK-Bundesverbands Herbert Reichelt meinte, langfristig gehe es auch darum, dass Arzneimittelhersteller die Preise nicht mehr beliebig festsetzen könnten. **Christiane Jake**

**Randnotiz**

**Gesäubert und geläutert**

Erstmals ist das Neue Testament nach Martin Luther in einer wasserfesten Ausgabe erschienen. Herausgegeben vom Verlag der Deutschen Bibelgesellschaft soll das Buch als zuverlässiger Begleiter bei Freizeitaktivitäten dienen. Der Band sei aus einem speziellen Material, „das sich anfühlt wie Papier, jedoch sehr stabil, reißfest und witterungsbeständig ist“, erklärte ein Verlagsprecher. Dem Herr sei Dank, auf diese Bibel-Ausgabe im sogenannten Durobook™-Material – klingt schon so nach Outdoor – haben wir doch lange gewartet. Wenn es im nächsten Campingurlaub mal wieder in Strömen regnet und die Stimmung gereizt ist, könnte das Vorlesen des einen oder anderen Verses im Handumdrehen Frieden stiften. Und wenn wir uns beim Wandern mal wieder verfranst haben, würden wir sicher schneller auf den rechten Weg kommen. Hinterher in der Sauna dürfte man getrost den Blick senken und mit besagter Lektüre über die Erlösung sinnieren. Ja sogar aus der Badewanne könnten wir ab sofort nicht nur gesäubert, sondern auch geläutert steigen. Welch frohe Botschaft! (amma)

**Das Zitat**



„Ein PC riecht nicht, lacht nicht und kann auch nicht küssen – und ich gehe auch immer noch nicht mit einem elektronischen Gerät ins Bett.“ Foto: ddp (Der „Cicero“-Chefredakteur und frühere Kulturstaatsminister Michael Naumann zur Zukunft der elektronischen Medien.)

**Pressestimme**

**Urteil bietet neue Chance**  
Zum Urteil zu den Hartz-Regelsätzen meint die Wiener Zeitung „Der Standard“:  
„Zurück zum Start! Diese unmissverständliche Hausaufgabe hat das deutsche Höchstgericht der deutschen Regierung aufgetragen. Diese muss nun die Leistungen für Langzeitarbeitslose und deren Kinder noch einmal berechnen. Und das ist auch gut so. (...) Keine Frage: Für den Staat wird die Reparatur der Hartz-IV-Gesetze nicht billig. Aber sie ist bitter nötig, und (...) sie bietet eine neue Chance: Regierung wie Opposition müssen sich ausschließlich damit beschäftigen, wie viel Menschenwürde wert ist.“

**Klaro Safari - gewusst?**

**Winterspiele sind in Vancouver**

Viele Kinder haben die Rätselfrage von Klaro und Safaro richtig beantwortet. Die Frage hieß: Wo sind die Olympischen Winterspiele? Die Antwort war B: Vancouver. Gewinnerin des Preisrätsels ist die 13-jährige Greta Schneckenburger aus Horgenzell.

Etwa 2500 Sportler wollen ab Freitag in Vancouver in Kanada bei den Winterspielen Medaillen gewinnen. Sie sind Skiläufer, Rodler oder Eishockeyspieler. Vancouver liegt an der Westküste des Landes, nur wenige Kilometer von der Grenze zu den USA entfernt. Die Stadt hat ihren Namen von Kapitän George Vancouver aus Großbritannien. Der Mann bereiste die Gegend dort vor über 200 Jahren. Die Stadt selbst wurde aber erst knapp 100 Jahre später gegründet, im Jahr 1886. Heutzutage ist Vancouver eine große Stadt. In ihr leben etwa 600 000 Menschen. (afk)

